

„Keine Energie kann so umfassend und so schnell verfügbar gemacht werden wie Erneuerbare Energien, wenn wir deren wirkliches Potenzial kennen und es als elementare Zukunftsforschung erkennen.“

(Hermann Scheer, Träger des Alternativen Nobelpreises)

Erneuerbare Energien statt Atomenergie

Nur die Erneuerbaren Energien können einlösen, was von der Atomenergie versprochen wurde: eine dauerhafte, sichere, unabhängige und emissionsfreie und friedenssichernde Energieversorgung

Unablässig ertönen seit einiger Zeit die Rufe nach einer internationalen „Renaissance“ der Atomenergie. Dies erfolgt trotz der Schreckens-erfahrung der Atomreakorkatastrophe von Tschernobyl am 26. April 1986, mit seitdem 70.000 Todesopfern, 162.000 km² verstrahltem Gebiet und der Umsiedlung von 350.000 Menschen. Die Rufe erfolgen auch trotz der Gefahren einer weiteren internationalen Verbreitung von Atomwaffen, wie der aktuelle Konflikt mit dem Iran zeigt. Über den Schleichweg der „friedlichen Nutzung der Atomenergie“ hat sich die Zahl der Staaten mit Atomwaffen laufend erhöht, siehe Indien und Pakistan, und das trotz des atomaren Infernos von Hiroshima am 6. August 1945.

Auf dem letzten „G-8-Gipfel“ in St. Petersburg lauteten die Standard-argumente:

- die Sicherheitsgefahren der Atomenergie seien beherrschbar geworden
- Atomenergie sei aus Gründen des Klimaschutzes und der Versorgungssicherheit unverzichtbar
- das Potenzial der Erneuerbaren reiche nicht aus, um den Energiebedarf zu decken
- die „Zeit“ für sie sei noch nicht reif und die Kosten für sie wirtschaftlich untragbar

Auch deutsche Stromkonzerne und Politiker fordern eine Aufkündigung der 2001 gesetzlich beschlossenen schrittweisen Beendigung der Atomenergieanlage. Sie votieren für eine Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke und sogar wieder für den Bau neuer Atomkraftwerke.

Die Kampagne zielt in Wahrheit darauf ab, die weitere Entfaltung der Erneuerbaren Energien zu verhindern:

Nur Großtechnologien wie die Atomtechnologie verleihen den Stromkonzernen wirtschaftliche und politische Macht. Der Konflikt zwischen der Atomenergie und den Erneuerbaren Energien ist also in Wirklichkeit der Konflikt zwischen den zentralen Großtechnologien und den dezentralen Technologien der Erneuerbaren Energien in Händen sehr vieler Betreiber. Beispielsweise haben die Stromkonzerne, die heute mit dem Argument niedriger Strompreise eine Laufzeitverlängerung für die Atomkraftwerke fordern, in den letzten Jahren durch weit überhöhte Preise für ihre Netze und auch die „Einpreisung“ kostenlos zugeleiteter Emissionsrechte die Strompreise hochgetrieben, um viele Milliarden Euro zusätzlich einnehmen zu können. Ihre Sorge um die Strompreise wegen der Kosten der Erneuerbaren Energien ist vollkommen unglaubwürdig.

Auch sind die Risiken der Atomenergie größer statt kleiner geworden: Das deutsche Atomgesetz von 1994 fordert, dass bei neuen Atomkraftwerken die atomaren Strahlenschäden auf die Anlage selbst beschränkt bleiben müssen. Das ist das offizielle Eingeständnis, dass in einem der laufenden Atomkraftwerke ein katastrophaler Unfall nicht ausgeschlossen werden kann, der eine ganze Region verstrahlt und unbewohnbar macht. Angesichts dessen ist es völlig unverständlich, dass eine Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke gefordert wird.

– Die „Entsorgung“ des Atom Mülls, der zehntausende von Jahren hochradioaktiv bleibt, ist auch nach 50 Jahren Atomenergieentzugung ungelöst. Es ist daher nicht verantwortlich, dieses Problem durch weiteren Atom-müll nach zu vergrößern.

– Mit einer weiteren Verbreitung der Atomenergie wachsen die Gefahren der Verbreitung von Atomwaffen und des Atomterrorismus. Technologie-bedingt ist es nicht möglich, zwischen ziviler und militärischer Nutzung zu trennen, wie auch der aktuelle Iran-Konflikt beweist.

– Die Uranvorkommen wären bei einer gleichbleibenden Zahl von Atomkraftwerken schon in fünf bis sechs Jahrzehnten erschöpft. Eine Fortführung der Atomenergie oder gar deren Ausweitung wäre deshalb nur durch Schnelle-Brüter-Reaktoren möglich, von denen trotz weit-weiter staatlicher Förderung in dreistelliger Milliardenhöhe aufgrund der Sicherheitsprobleme kein einziger betriebsfähig ist. Außerdem würde das den Wiedereinstieg in die Plutoniumwirtschaft bedeuten, was die atomaren Gefahren noch beträchtlich erhöhen würde.

– Der behauptete „Kostenvorteil“ der Atomenergie beruht auf staatlichen Forschungs- und Entwicklungsausgaben in einer Gesamthöhe von weltweit über 1.000 Mrd. US-Dollar seit den 50er Jahren. Etwa 90 % aller Forschungs- und Entwicklungsausgaben im Energiebereich der OECD-Länder flossen bisher in die Atomenergie. Hinzu kommen wirtschaftliche Privilegien wie die Freistellung von Haftungsverpflichtungen und von Brennstoffsteuern oder – in Deutschland bis heute – steuerfreie Rückstellungen für die atomare Entsorgung in Höhe von etwa 30 Mrd. Euro, die von den Atomkraftwerkstreibern für beliebige Investitionen eingesetzt werden dürfen. Dieser öffentlichen Förderung der Atomenergie standen in den letzten 30 Jahren weltweit lediglich 20 Mrd. US-Dollar für die Forschung und Entwicklung Erneuerbarer Energien und 30 Mrd. für Markteinführungshilfen gegenüber.

Die Hoffnung auf eine praktische Nutzbarkeit der Fusionsenergie dürfte sich frühestens in 50 Jahren erfüllen, wenn sie nicht wegen der technologischen Komplexität überhaupt Utopie bleibt. Sie wäre entgegen allen Versprechungen keinesfalls ungefährlich, würde superzentralistische Kraftwerksgrößen erfordern und weit höhere Kosten als Erneuerbare Energien hervorrufen.

Wegen der Fixierung auf die Atomenergie werden die Erneuerbaren Energien jahrzehntelang missachtet – ein Jahrhundertversäumnis. Denn jetzt naht die Erschöpfung der konventionellen Erdöl- und der Erdgasreserven, die Preise sind schon erheblich angestiegen und die internationalen Konflikte um die Energieversorgung nehmen zu. Die Klima-veränderungen wegen der fossilen Energieemissionen nehmen dramatische Ausmaße an. Die umfassende Umstellung auf Erneuerbare Energien ist überfällig, verbunden mit einer durchgehenden Minderung des Energieverbrauchs durch konsequente Effizienzsteigerungen in der Energie-erzeugung und -nutzung. Wir brauchen einen Dreiklang aus **Erneuerbaren Energien, Energieeinsparung und Kraft-Wärme-Kopplung.**

Auf der Homepage von EUROSOLAR (www.eurosolar.org) erhalten Sie unter der Rubrik „Erneuerbare Energien statt Atomkraft“ u. a. Informationen über die Möglichkeit einer Vollversorgung mit Erneuerbaren Energien: weltweit, für Europa, für Deutschland, die USA, Japan, Frankreich und Österreich. Sie finden hier auch die EURO-SOLAR-Studie: „Das deutsche Ashapotenential Erneuerbarer Energien im Stromsektor“. Diese zeigt die Möglichkeit, durch konsequenten weiteren Ausbau Erneuerbarer Energien den Atomausstieg unverändert fortsetzen und neue fossile Großkraftwerke vermeiden zu können.

Das Potenzial der Erneuerbaren Energien reicht aus, um nicht nur die Atomenergie, sondern auch die fossilen Energien zu ersetzen. Dies ist in vielen wissenschaftlichen Szenarien belegt worden – so bereits 1981 von der Enquete-Kommission des Bundestages über Alternativen zur Atomenergie und der von 2002 über die Zukunft der Energie-versorgung, die die Möglichkeit einer Vollversorgung Deutschlands mit Erneuerbaren Energien bis zum Jhr 2050 aufgezeigt hat.

Erneuerbare Energien werden laufend billiger durch Massenproduktion der Anlagen und weitere technische Optimierungen. Atomare und fossile Energien werden laufend teurer durch steigende Förderkosten, Beseitigung von Umweltschäden sowie wachsenden technischen und militärischen Sicherheitsaufwand. **Heutige Mehrkosten für Erneuerbare Energien sind die Zukunftsinvestition für gesicherte, preiswerte und umweltschonende Energie für alle.**

Für Erneuerbare Energien spricht auch ihre einzigartige Einführungs-geschwindigkeit: Solar- und Windkraftanlagen sind in wenigen Tagen installierbar, der Bau eines fossilen Großkraftwerkes dauert mehrere Jahre und der eines Atomkraftwerkes mehr als ein Jahrzehnt. Bei gleichbleibender Einführungs-geschwindigkeit, wie sie seit 2000 in Deutschland Realität ist, wird das Ziel des für 2020 angestrebten Anteils von 20% an der Stromversorgung schon im Jahr 2012 erreicht. Dies signalisiert bereits für das Jahr 2020 weit höhere Anteile.

Mit Erneuerbaren Energien ist eine Energieversorgung ohne existenzielle Risiken möglich. Ihre offensive Mobilisierung ist der wichtigste Schritt zur technologischen Modernisierung der Gesamtwirtschaft und zur Zukunftssicherung des Industriestandorts Deutschland, bei gleichzeitiger Überwindung der Umweltgefahren.

Wir fordern daher von Bundestag und Bundesregierung, Landtagen und Landesregierungen:

- die seit 1998 eingeleitete Politik zur breiten Einführung der Erneuerbaren Energien konsequent fortzusetzen und weiter auszubauen, vor allem durch eine energiestrategische Initiative zum Solaren Bauen und für Fahrzeugantriebe mit Erneuerbaren Energien,
 - weitgehende Initiativen für den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und für die Nutzung energiesparender Geräte zu starten,
 - den Abbau von bis ins Groteske gehenden bürokratischen Hürden gegenüber Standortgenehmigungen für Erneuerbare Energien,
 - die prioritäre Förderung von Technologien zur Speicherung Erneuerbarer Energien,
 - die immer noch vorhandenen steuerlichen und rechtlichen Privilegien der Atomenergie zu beenden und auf europäischer und internationaler Ebene allen Ansätzen eines „come-back“ der Atomenergie entgegenzutreten,
 - die Atomkraftwerksbetreiber gesetzlich zu verpflichten, ihre steuer-freien Rückstellungen festverzinslich anzulegen und ausschließlich für die atomare Entsorgung aktivieren zu dürfen,
 - eine Initiative für die Ergänzung des atomaren Nichtverbreitungs-vertrags, die den Vertragsstaaten erlaubt, ihre jetzige Verpflichtung zur Weitergabe „ziviler Atomtechnik“ durch die Weitergabe von Technologien der Erneuerbaren Energien zu erfüllen,
 - die Gründung einer Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien konsequent voranzutreiben, als Gegengewicht zur Internationalen Atomenergie-Agentur und zur einseitig die Atomenergie und fossilen Energien fördernden Internationalen Energieagentur (IEA).
- Nur Erneuerbare Energien können eine unabhängige und dauerhafte, emissionsarme und sichere Energieversorgung gewährleisten. Erneuerbare Energien statt Atomenergie: Das ist die historische Aufgabe unserer Zeit.**

Prof. em. Dr. Peter Abeltz, Freiburg; Mirjam Amann, Eckental; Helga Allenrieder, Hamburg; Dr. Franz Alt, Baden-Baden; Bigl Alt, Baden-Baden; Marion Arntmann, Hamburg; Erdmuth Arnold, Frankfurt a.M.; Frank Asbeck, Bonn; Renate Backhaus, Roppensteit; Gebhard Badec, Palling; Carry Anna Bär-Hermann, Hamburg; Heinrich Bartel, Ibbenbüren; Karla Bauer, Murnau; Günter Bay, Essen; Dr. Peter Beckes, Marburg; Jörg Benfer, Viersen; Eva erig, Wetzlar; Pentling; Heinrich Blasenbren-Wurtz, Beigheim; Eberhard Block, Berlin; Peter Block, Köln; Prof. Dr. med. Eckhart Böhm, Lüdenscheid; Dankwart-Christan Borckenstein, Fraundamm; Artur Bost, Tübingen; Dr. Arnd Bouke, Erfurt; Rudi Brede, Neumark; Eckard erig, Barsinghausen; Prof. Fritz-Ulrich Burdman, Stuttgart; Eva Bulling-Schröder, Mollat, Ingolstadt; Dr. med. Norbert Burus, Weinfurth; Gerhard Christmann, Schöps; Hans-Hermann Clabes, Dorfmand; Sybil Clausen, Berlin; Margret Dieker-Baerlein, Hamburg; Prof. Dr. Adolf Dietz, Pfaffing; Hermann Dinkelmeier, Riva; Rita Würth, Hans-Jürgen Dippel, Osnabrück; Rolf Eisch, Freiburg; Marianne Eißels, Schwäbisch Gmünd; Stefan Erwig, Hohenberg; Matthias Drews, Berg-Neuhaus; Norbert Drumm, Frolding; Dr. Hedwig u. Dr. Rudolf Dürz, Hamburg; Helmut Dwertmann, Nordhorn; Heinz Ebeling, Nordsteden; Horst Eblisch, Zapfenfeld; Dr. jur. Henner Ervinghaus, Berlin; Dieter Eitel, Ralldorf; Dieter Eichelbe, Hamburg; Hans-Josef Fell MdB, Harnettburg; Cordula Finck-Wade, Holtensiedel; Dr. Hermann Fischer, Braunschweig; Georg Fischer, Pforzheim; Dr. Dörte Fouquet, Brüssel; Dr. med. Eckhard Franziska, Köln; Matthias Frasse, Ekerode; Martin Fuhs, Garmersheim; Dietrich Gattas, München; Prof. Dr.-Ing. Frank Gießner, Augsburg; Kurt Glogner, Groß-Umstadt; Erika Godehart, Hannover; Hermann J. Giese, Pülheim; Gertraud u. Dr. Leo Haaf, Tauterbach-Hörsing; Günter Haug, Handbühl; Günter Haytze, Himmeler; Rainer Hennerkes, Barmde; Rosa Hennerkes, Bonn; Sigrid Henke, St. Augustin; Kathrin Henkel, Emsdetten; Eva Hesse, Massa Maritima; Christian Heurade, Vordorf; Margard u. Burkhard Heyden, Hamburg; E. Karl Hilb, Lödingen; Dr. Gerd Hofmann, Hamburg; Gudrun u. Dr. med. Alfred Holm, Gummerbach; Dr. Otfried Holtrich, Burghausen; Thomas Hom, München; Herbert Hoting, Bonn; Dr. Bernhard Ilberus, Berlin; Norbert Jauschowski, Mülheim/Ruhr; Prof. em. Paul Jonas, Rostock; Eberhard Jung, Bülker; Gernot Jung, Königsdach-Stein; Stephan Karkowicz, Berlin; Prof. Dr. Manfred Kerk, Meerssen; Prof. Dr. Volker Kische, Bremen; Dr. phil. Benedikt Klinker, Freiburg; Dieter Kaunst, Alsdorf; Irene Kilian, Freiburg; Dr. Margret Kirchoff, Berlin; Franz Kluge, Hemmer; Gabriele Köber-Hoffmann, Berlin; Alois Kohler, Lauchingen; Josef Köckener, Lennestadt; Prof. Dr. Rolf Kretsch, Berlin; Yrmin Kröja, Straubing; Prof. Dr. Klaus Kubacki, Osnabrück; Peter Ladisch, Hirschbach; Wolfgang Langenkamp, Wuppertal; Knut Lehmann, München; Prof. Dr.-Ing. Jörn Leimer; Siegfried Lettner, Ratingen; Dorothee Lewis, Maulbronn; Fabio Longo, Marburg; Peter Loof, Lohr-Rickelshof; Helmut Lindner, Berlin; Hans-Jürgen u. Helga Mariposa, Stuttgart; Lothar Mark MdB, Berlin; Andreas Markowsky, Ebringen; Hans Mehnert, Stuttgart; Ulla Meixner, Berlin; Jens Mittelstein-Scheid, München; Udo Möhrstedt, Bad Staffelstein; Helga u. Hans-Jürgen Müller, Stuttgart/Prof. Dr. Bernhard Nagel, Kassel; Andrea Nahles MdB, Berlin; Dr. Berthold Nicks, Weiden; Harald Oelschlegel, Harnettburg; Liselotte Otto, Weil am Rhein; Hubert Hermann Memming, Bremen; Hans-Martin Meißner, Ratingen; Michael Meyer, Ratingen; Johannes Rietel, Ratingen; Johannes Rietel, Ratingen; Albrecht Römer, Deggenhausertal; Mechthild Rothe MdB, Bad Lippspringe; René Rüssel MdB, Hagen; Dr. med. Frank Ruhbaum, Dörphof; Dr. Sylvia Dubber, Heideberg; Dr. med. Sylvia Renkert, Leonberg; Klaus Repp, Berlin; Lutz Riedel, Krumbach; Dr. Wolfgang Riedl, München; Johannes Rietel, Ratingen; Michael Schick, Ratingen; Nina Scheer, Berlin; Dr. Hermann Scheer MdB, Berlin; Prof. Dr. Konrad Schiffer, Friedland; Dr. med. Dieter Schick, Schwarzenbrück; Helga Schiel, Ratingen; Dr. Eberhard Ruhenstroff, Raubling; Thomas Rutz, Hannover; Georg u. Maria Salvanose, Freiburg; Sascha Samadi, Ratingen; Michael Schick, Ratingen; Manuela Schmidt, Nürnberg; Marc Schmidt, Fürt; Dr. Dagmar Schmiedel, Konstanz; Hans-Jürgen Schmitz-Reich, Andernach; Markus Schradner, Beigheim; Manfred Schirmacher, Schötern; Dr.-Ing. Dietrich Schlegel, Murnau; Andreas Schmiedel, Frankfurt a.M.; Dr.-Ing. Brigitte Schmidt, Traß; Manuela Schmidt, Nürnberg; Ilona Schulte, Ostwauferfeld; Dr.-Ing. Erke Schwarz, Bonn; Dr. Christoph Senig, Pöcking; Dietrich Seib, Gera; Reinhard Siekmann, Böttingen; Klaus Adolf Schöber, Weihenstepfen; Prof. Dr. Hans-Silvius, Mainz; Prof. Dr. Udo E. Simon, Kiel; Walter Sittig, Stuttgart; Dr. Andreas Stadler, Schöna; Michael Stadler, Schöna; Rudolf Starke, Meitingen; Axel Starkloff, Düsseldorf; Peter Stark, Bad Dürrenheim; Dr. Arno Strehele, Buchloe-Honolzen; Manfred Stürm, Michelbachhölzle; Richard Swinball, Gerlingen; Martin Tausche, Erkner; Prof. Dr. Klaus Traube, Oberrain; Ute Vogt MdB, Stuttgart; Wilfrid Vög, Kiel; Mechthild von Walter, München; Dr. Harald Volz, Hamburg; Gudrun Wackermann, Hagenheim; Klaus Wackerjäger, Saarbrücken; Dr. Birgit Wackerjäger, Föllschlo; Dr. Hartmut Wehr, Hamburg; Dr. Michael Weisheit, Nünchen; Prof. Dr. med. Klaus-Werner Wenzel, Berlin; Hans-Jürgen Wetzlar, Schwäbisch Gmünd; Hubert Westkamper, Eifflath; Volker Westphal, Hamburg; Prof. Dr. Norbert Willenbach, Kirchheimbolanden; Frank Winkler, Walsdorf; Folkhard; Dr. Hartmut Wehr, Hamburg; Dr. Michael Weisheit, Nünchen; Prof. Dr. med. Klaus-Werner Wenzel, Berlin; Hans-Jürgen Wetzlar, Schwäbisch Gmünd; Hubert Westkamper, Eifflath; Volker Westphal, Hamburg; Prof. Dr. Norbert Willenbach, Kirchheimbolanden; Frank Winkler, München; Prof. Dr. Jan Wirrer, Speng; Wolfgang Wittich, Fürt; Dr. Brigitte u. Prof. Dr. Hans-Georg Wittig, Lörrach; Prof. Dr.-Ing. Alexander Wittig-Wittig, Frankfurt a.M.; Dr. Klaus-Detlef Wolf, Aachen; Andrea Ypsilanti MdB, Wiesbaden; Anton Zeller, Ruhpolding; Wolfgang Zimme, Wilkshaid

Bitte abtrennen und an EUROSOLAR senden

EUROSOLAR ist eine unabhängige ideelle Mitgliedervereinigung mit dem umweltschützenden Ziel, in Politik und Gesellschaft auf die vollständige Ablösung atomarer und fossiler Energien hinzuwirken.

- Bitte senden Sie mir Informationen über die Arbeit von EUROSOLAR.
- Ich möchte die Arbeit von EUROSOLAR durch meine Mitgliedschaft fördern.

EUROSOLAR · Gemeinnützige Europäische Vereinigung für Erneuerbare Energien e.V. Kaiser-Friedrich-Straße 11 · 53113 Bonn
Fax: 0228 - 361279 + 361213 · E-Mail: info@eurosolar.org · Internet: www.eurosolar.org
Verwendung des Textes nur in Absprache mit EUROSOLAR · V.i.S.d.P. im Porträt, EUROSOLAR

